

Demokratie unter der Linde

In Appenzell wird offen über politische Fragen abgestimmt. Zum Auszählen muss jeder einzeln durchs Törchen.

Die Stimmung knistert, Tausende Hände schnellen in die Höhe, Rufe hallen durch den ganzen Ort, und antike Waffen werden getragen: Seit dem 14. Jahrhundert findet die Landsgemeinde in Appenzell im Kanton Appenzell-Innerrhodan Jahr für Jahr statt. Dass die politische Souveränität in der Schweiz direkt beim Volk liegt, zeigt die Landsgemeinde auf ihre ganz eigene Art: Am letzten Sonntag im April versammeln sich rund 4000 Stimmberechtigten des Kantons auf dem Landsgemeindeplatz des Örtchens Appenzell, um über ihre politischen Fragen in direkter, offener Abstimmung zu entscheiden. Inmitten des Platzes ragt ein Lindenbaum hervor. Der Platz wurde um ihn herumgebaut, da die Linde als Sitz Gottes gesehen wird. Dort, an der Seite Gottes, soll das politische Engagement stattfinden. Die stimmberechtigten Einwohner nehmen einerseits Wahlen auf kantonaler Ebene vor, wie etwa die Wahl der Regierung und des Gerichts. Andererseits entscheiden sie über alle während des Jahres angefallenen Traktanden, wie Finanzbeschlüsse oder Initiativen. Das Spektakel findet bei jedem Wetter unter freiem Himmel statt und wird mit einem zeremoniellen Fest vollendet. Diese ernsthafte politische Veranstaltung ist ein bunter Mix aus Tradition und Modernität. Sie beinhaltet uralte Rituale, da auch heute noch das offene Handmehr gilt, um eine endgültige Entscheidung zu fällen. Hierbei schätzt der Landamman, vorne auf seinem Podest stehend, die Mehrheit der gehobenen Hände der Stimmberechtigten ab. Ist der Wille der Bevölkerung nach erneuerten Händeheben nicht eindeutig erkennbar, so wird eine Zählung durchgeführt. In diesem Falle muss jede einzelne Person, die im Ring der Stimmberechtigten steht, durch ein Törchen gehen, einmal um den Ring spazieren und am anderen Ende die Arena wieder betreten. Eine solche Zählung kann 60 Minuten beanspruchen.



Form ist, um Politik zu machen“, sagt Landesarchivar Sandro Frefel. „Demokratie zu sehen und zu leben ist heutzutage gar keine Selbstverständlichkeit mehr. Mit dem Ukraine-Konflikt wird man sich dessen wieder viel bewusster“, meint Yvonne Jud, die Begleiterin von Alois Dobler, eine schöne Tracht tragend. Ähnliche Haltungen werden hier überall vertreten. Egal ob jung oder alt, alle sind sich einig, dass die Landsgemeinde in Appenzell die Vergangenheit wie die Gegenwart, aber auch die Zukunft der politischen Willensbildung sein soll.

So zeigen die Jahre 2020 und 2021 durchaus, dass die Landsgemeinde essenzielle Veränderungen mitgehen kann. In dieser Zeitspanne konnte die Versammlung aufgrund der Pandemie nicht durchgeführt werden. Die Verantwortlichen zögerten nicht lange und hatten schnell eine Lösung: In diesen Jahren wurde das erste Mal überhaupt in der Geschichte des Kantons Appenzell-Innerrhodan auf kantonaler Ebene per Urnenabstimmung Politik gemacht. Die zweijährige Abwesenheit der Landsgemeinde ist der Grund, weshalb die Vorfreude auf die diesjährige Versammlung größer war denn je. Mehrere Passanten beteiligen den heutigen Tag gar als besten Tag des Jahres. Bei der schon öfters genannten Waffe handelt es sich um das sogenannte „Seitengewehr“, einen meistens vererbten Degen, der es den männlichen Herrschaften ermöglicht, ihre jeweilige politische Betrachtungsweise kundzugeben, indem der Degen beim Betreten des Rings als Stimmschleife dient. Jene Anwohner, die auch heute noch ein solches Stück besitzen, stolzieren mit viel Pathos und hocherhobenen Hauptes durch die Straßen. Die urtraditionelle Landsgemeinde bringt jedoch nicht nur Anekdoten und ein politisches System, das die direkte Demokratie überhaupt ermöglicht, mit sich. Ein wenig rühmlicher Aspekt gab lange Zeit zu reden: Die Annahme des Frauenstimmrechts wurde um 1990 von den wahlberechtigten Männern abgelehnt und für das kommende Jahr für nichtig erklärt. Dies ließen sich die Frauen des Kantons nach mehrfachen Anträgen für die Emanzipation nicht mehr gefallen und schickten Beschwerdebriefe an das Bundesgericht. Das oberste Gericht der Schweiz erzwang noch im selben Jahr das Frauenstimmrecht in Appenzell und erklärte es ab sofort für gültig. „Der Entscheid des Bundesgerichts wurde mit der einfachen Argumentation begründet, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen mit Stimmberechtigten gemeint sind“, erklärt Landesarchivar Sandro Frefel nach einem Vortrag über die Landsgemeinde im Landesarchiv.

Heute ist auch dieses Kapitel überwunden. Ein älterer Herr sagt: „Die Emanzipation der Frauen hat nicht verändert, aber es ist jetzt halt doch schön, dass die Frauen auch kommen dürfen. Früher jedoch hat man die politische Diskussion vorher am Familientisch geführt, und der Mann hat dann repräsentativ für die ganze Familie abgestimmt. Das Frauenstimmrecht hat wahrscheinlich keinen großen Einfluss auf die Entscheidungen.“ Die Appenzellerinnen sehen dies jedoch ganz anders. „Ein Schandfleck. Das Frauenstimmrecht darf einfach keine Frage sein, und schon gar nicht mehr im Jahre 1991“, sagt Yvonne Jud. „Besser spät als nie“, sagt ihr Begleiter Alois Dobler.

Raphael Loacker, Kantonsschule Trogen



Illustration: Studio Zahnt

Politik konkret

Archaisch, aber im Wandel: Appenzells Landsgemeinde.

Berliner Rentnerin: Welches Fleisch kann ich holen?

Auf Wohnungssuche wegen der Treppen: ein Rollstuhlfahrer.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG IN DER SCHULE

Verantwortlich: Dr. Ursula Kals
Pädagogische Betreuung: IZOP-Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren, Aachen
Ansprechpartner: Norbert Delhey

An dem Projekt „Jugend schreibt“ nehmen teil:
Aachen, Inda-Gymnasium, Kaiser-Karls-Gymnasium, St. Ursula Gymnasium, Annaberg-Buchholz, Beruff. Schulzentrum f. Ernähr., Techn. u. Wirtsch. des Erzgebirgskreises, Aschaffenburg, Friedrich-Dessauer-Gymnasium, Karl-Theodor-v.-Dalberg-Gymnasium, Bad Bergzabern, Gymnasium im Alfred-Grosser-Schulzentrum, Bad Pyrmont, Humboldt-Gymnasium, Barsinghausen, Hannah-Arendt-Gymnasium, Berlin, Anna-Lindth-Schule, Eckener-Gymnasium, Georg-Herwegh-Gymnasium, Katholische Schule Liebfrauen, Paavo-Nurmi-Grundschule, Schadow-Gymnasium, Bielefeld, Brackweider Gymnasium, Braunschweig, Wilhelm-Gymnasium, Celle, Hermann-Billing-Gymnasium, Cottbus, Pückler-Gymnasium, Delmenhorst, Max-Planck-Gymnasium, Dresden, Romain-Rolland-Gymnasium, Emden, Berufsbildende Schulen I, Erkelenz, Cusanus-Gymnasium, Flensburg, Eckener-Schule, Frankfurt am Main, Helene-Lange-Schule, Ziehen-Schule, Freiburg, Droste-Hülshoff-Gymnasium, Fulda, Marienschule (Gym. für Mädchen), Gernersheim, Johann-Wolfgang-Goethe-Gymnasium, Gießen, August-Hermann-Francke-Schule, Hamburg, Ebert-Gymnasium, Gymnasium Eppeldorf, Gymnasium Ohmooor, Hellwig-Gymnasium, Herxheim, Pami-na-Schulzentrum, Heubach, Rosenstein-Gymnasium, Hofgeismar, Albert-Schweitzer-Schule, Hohen Neuendorf, Marie-Curie-Gymnasium, Kaarst, Georg-Büchner-Gymnasium, Karlsruhe, Akademie für Kommunikation Karlsruhe, Tulla-Realschule, Kenzingen, Gymnasium, Kiel, RBZ Wirtschaft, Köln, Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, Krefeld, Gymnasium am Moltkeplatz, Kreuzlingen (Schweiz), Kantonsschule Kreuzlingen, Landau/Pfalz, Otto-Hahn-Gymnasium, Leipzig, DPFA Schule gGmbH Bildungsstätte Leipzig, Fachschule für Sozialwesen, Thomasschule zu Leipzig, Lilienthal, Gymnasium Lilienthal, Linz am Rhein, Martinus-Gymnasium, Ludwigsburg, Goethe-Gymnasium, Lunzenau, Evangelische Oberschule Lunzenau, Mannheim, IG Mannheim-Herzogenried, Markkleeberg, Rudolf-Hildebrand-Schule, Mayen, Megina-Gymnasium, Moers, Gymnasium in den Filder Benden, Mühlhausen, Berufsschul-campus Unstrut-Hainich, Mühlheim am Main, Friedrich-Ebert-Gymnasium, München, Asam-Gymnasium, Münsterstadt, Johann-Philipp-von-Schönborn-Gymnasium, Nürnberg, Johannes-Scharrer-Gymnasium, Öhringen, Richard-von-Weizsäcker-Schule, Portugal, Deutsche Schule zu Porto, Ptuj (Slowenien), Jugendzentrum/CID, Riedlingen, Kreisgymnasium, Rodewisch, Johann-Heinrich-Pestalozzi-Gymnasium, Rosenheim, Staatl. Karolinen-Gymnasium, Saarbrücken, Gemeinschaftsschule Saarbrücken-Dudweiler, Gymnasium am Schloss, Schorndorf, Johann-Philipp-Palm-Schule, Schwanebrunn, Waldschule, Schweinfurt, Celtis-Gymnasium, Schwetzingen, Carl-Theodor-Schule, Sofia (Bulgarien), Galabov-Gymnasium, Steinfurt, Herman-Emanuel-Berufskolleg, Trogen (Schweiz), Kantonsschule Trogen, Wiesbaden, Friedrich-List-Schule, Würzburg, St.-Ursula-Gymnasium, Yokohama, Deutsche Schule Tokyo Yokohama, Zagreb/Kroatien, III Gimnazija, Zürich, Kantonsschule Stadelhofen, Kantonsschule Zürich Nord

„Wie sollen wir denn damit auskommen?“

Früher hat man sich so drof jeachtet: Wie eine Berliner Rentnerin mit der Grundsicherung lebt

Das Lied „Hollywood Hills“ von Sunrise Avenue ertönt leise im Radio, und Monika Langer beginnt sich in ihrem Wohnzimmer zum Takt zu bewegen. Ihr dunkler Sommerrock mit pastellrosa Blumen schwingt leicht um ihren schlanken Körper, ihre schulterlangen, blond gefärbten Haare fallen in ihr Gesicht und bilden einen starken Kontrast zu ihrem lila T-Shirt. Ein Kleiderschrank hinter ihr und ein Bett mit einer Kommode daneben begrenzen ihre Tanzfläche. Rechts von ihr steht ein Tisch, an dem bis zu sechs Personen Platz haben.



Seit 2014 lebt die Berliner Rentnerin im Bezirk Tempelhof in einer Ein-Zimmer-Wohnung. „Früher hat man sich so drof jeachtet, wenn man mit dem Geld auskam. Ich habe mir dann auch mal den ersten Spargel für zwanzig Euro geholt.“ Monika Langer bewegt sich, während sie redet, immer noch zur Musik. Ihr Berliner Dialekt ist dabei kaum zu überhören. Die 76-Jährige ist gelernte Friseurin, arbeitete zuletzt jedoch in einer Kantine. Seit 2012 lebt sie im Ruhestand und bekommt eine zusätzliche Grundsicherung. „Nachdem mein Lebensgefährte gestorben ist, reichte meine Rente nicht mehr aus.“ Monika Langer hat keinen Anspruch auf eine Witwenrente, da sie nicht verheiratet war. Witwenrente kann nur bezogen werden, wenn ein Ehepartner stirbt. Daraufhin hat die hinterbliebene Person einen Anspruch auf etwa die Hälfte der Rente. Das Lied im Radio klingt aus. Monika Langer setzt sich an den braunen Esstisch und trinkt ihr Glas Wasser, während im Spreeradio die Nachrichten beginnen.

„Ich habe mich damit abgefunden, mit so wenig Geld zurechtzukommen, und bin auch zurechtgekommen. Mal recht, mal schlecht.“ Vom Amt bekommt Monika Langer eine zusätzliche Grundsicherung bis zu einer Summe von 750 Euro. Nach allen Abzügen wie Miete, Krankenversicherung und anderem stehen ihr am Ende des Monats nur noch 359 Euro zur Verfügung. In Deutschland gab es im Jahr 2020 gut 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Bezogen auf eine Einwohnerzahl von etwa 82 Millionen, erhielt demnach etwa ein Viertel der Bevölkerung eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Nachrichten sind zu Ende, die Melodie von „Blinding Lights“ von The Weeknd ertönt im Raum, und Monika Langer beginnt mit ihren Füßen im Takt zu wippen. „Ich meine,

durch die Inflation sind die Preise enorm gestiegen. Es heißt immer, wir sollen uns gesund ernähren und Fleisch aus der Region holen. Welches Fleisch kann ich denn holen? Gar keins.“ Die Preise für Lebensmittel stiegen in den vergangenen Monaten rasant an. Die Inflationsrate lag im April 2022 bei 7,8 Prozent und ist damit so hoch wie zuletzt 1981.

Eine Falte bildet sich auf der Stirn von Monika Langer. Sie trinkt einen letzten Schluck aus ihrem Wasserglas und knallt das Glas auf den Tisch. „Wir befinden uns in einer selbstsüchtigen Zeit, aber dennoch soll auch mal an uns gedacht werden! Wie sollen wir denn damit auskommen?“ Sie steht auf, geht zu ihrem Fenster und beobachtet das Geschehen auf der Straße. „Ich meine, Deutschland gibt Milliarden an die anderen Länder, und das eigene Volk wird vernachlässigt.“

Im Juli 2022 soll die Rente im Westen um 5,35 Prozent steigen. „Davon habe ich ja eh nichts“, sagt Monika Langer. Denn wenn eine zusätzliche Grundsicherung vom Amt bezogen wird, sorgt eine steigende Rente nicht für mehr Geld. Denn die Grundsicherung wird nach der Rente und dem Vermögen berechnet. Wenn die Rente nicht reicht, kann zusätzliche Grundsicherung beantragt werden. Daraufhin wird die Rente aufgestockt auf etwa 750 Euro. Wenn die Rente steigt, sinkt die Summe, die vom Amt zur Aufstockung dazugegeben wird.

Die Rentnerin verlässt kurz das Zimmer mit ihrem Wasserglas und kommt mit Kuchen und einem gefüllten Glas wieder. Sie greift zur Gabel und isst ein Stück vom Kuchen. Ihre grau-grünen Augen werden glasig, und ihre Stimme wird ganz leise. „Ich will doch bloß einigermaßen davon leben können, und das kannst du ja nicht, zumindest nicht jetzt.“

Die letzten Sonnenstrahlen scheinen durchs Fenster, als Monika Langer ihre Gabel auf den leeren Teller legt und ihr Glas in die Hand nimmt. Im Radio beginnt das Lied „Rockstar“ von Malik Harris. Monika Langer trinkt den letzten Schluck ihres Wassers und stellt das Glas diesmal behutsam auf den Tisch ab. „Andere Länder haben so eine Unterstützung nicht, deshalb bin ich auch irgendwie froh, in Deutschland zu wohnen.“

Anastasia Kuzemski
Eckener-Gymnasium, Berlin

Die Aufzüge sind zu klein, die Rampen zu steil

Kai Käfer sitzt im Rollstuhl und kämpft als Inklusionsbeauftragter nicht nur in Schorndorf mit Barrieren, und das nicht nur beim Elternabend

Der Marktplatz in Schorndorf ist von Fachwerkhäusern umgeben, passend dazu Kopfsteinflechter, um ein altertümliches Flair zu schaffen. Optisch ist das gelungen, aber für Rollstuhlfahrer nicht – für sie ist bereits das Passieren mit großen Schwierigkeiten verbunden. Und nicht nur das: Zwischen den Kopfsteinflechtern klemmen oft Scherben, die die Reifen eines Rollstuhls zerstören. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern auch teuer. „Im Januar habe ich mir drei Reifen durch Scherben kaputt gefahren, und das kostet dann schnell mal 800 Euro“, sagt Kai Käfer verärgert. Denn, ein Rollstuhlfahrer kann nicht eben mal aussteigen und schieben, ihm bleibt nichts anderes übrig, als mit dem platten Reifen nach Hause zu fahren, was den Schaden deutlich erhöht. Käfer ist 34 Jahre alt, lebt mit seiner Frau und den beiden kleinen Kindern in Schorndorf. Er sitzt im Rollstuhl und ist ehrenamtlicher Inklusionsbeauftragter der südwestfälischen Kleinstadt Schorndorf, neben dieser Tätigkeit ist er nicht beruflich

tätig, weil er in seinen gelernten Berufen heute nicht mehr arbeiten kann, weder als Koch noch als Friseur. Eines seiner Projekte als Inklusionsberater ist die Arbeit mit Schulklassen, um auf die Bedürfnisse von Eingeschränkten aufmerksam zu machen und an den Schulen selbst auf Inklusionsbarrieren hinzuweisen. Käfer hat kurze, braune Haare und trägt eine Cap auf dem Kopf. Er hat Handschuhe an, Radfahrerhandschuhe, damit ihm das Anschieben des Rollstuhls leichter fällt. Sein ganzes Outfit wirkt sportlich. Er arbeitet viel mit den Händen. So will er dynamisch und agil seine Ausdrucksweise unterstützen, obwohl er sich nicht von der Stelle bewegen kann. Er erzählt von seinen Projekten, wie Schaukeln für Rollstuhlfahrer an öffentlichen Plätzen zu installieren. Schaukeln ist für ihn ein Synonym für Freiheit und Fliegen, für ein kleines Abenteuer im Alltag. „Viele Menschen haben noch nie in ihrem Leben geschaukelt“, sagt er, und man merkt, wie viel Bedeutung kleine Dinge im Leben haben

können. Kai Käfer berichtet ebenfalls von Einkaufswagen für Rollstuhlfahrer, er erklärt, wie eine App per Abfrage Behördensuche für Beeinträchtigte plant und möglich macht. „Das kann man ausbauen, mit wenig Aufwand auch für Läden, Schulen und andere Orte.“ Käfer hat viele Pläne, er will mehr Hürden beseitigen, mehr Integration schaffen. Und bei all diesen Plänen erzählt er auch von sich, von den eigenen vier Wänden, die ein wichtiger Rückzugsort sind, an dem man sich wohlfühlt. Doch ihm selbst wird es bei diesem Gedanken eher unwohl, da er mit seiner Familie nicht mehr lange in der aktuellen Wohnung leben kann. Als er eingezogen ist, ging es ihm gesundheitlich noch deutlich besser, jetzt kann er die Treppen nicht mehr bewältigen. Deshalb muss er in eine kleine behindertengerechte Wohnung ziehen, getrennt von Frau und Kindern, da für sie dort kein Platz ist. „Vorübergehend, bis wir zusammen eine geeignete Wohnung finden“, meint er. Viele Treppen, enge Innen-

räume und schlecht begehbare Eingänge machen ihm in der jetzigen Wohnung das Leben schwer. Der Mangel an barrierefreien Wohnungen und die hohen Preise in der Gegend um Stuttgart erschweren seine Wohnungssuche. Denn auch die als barrierefrei geltenden Wohnungen seien das oft nicht wirklich und wiesen Mängel auf, berichtet er frustriert. Beispielsweise muss man, um auf den Balkon zu gelangen, eine Stufe überwinden, oder die engen Eingangsbereiche hätten in Sachen Barrierefreiheit noch viel Luft nach oben. Es gibt zwar Rollstühle, die speziell für enge Räume konstruiert sind, diese kosten allerdings zwischen 9000 und 10000 Euro. Die Krankenkasse übernimmt nur die Kosten eines Rollstuhls. „Rollstühle sind aber wie Schuhe, man braucht spezifische, und sie nutzen sich ab“, erklärt Kai Käfer. So wie wir Hausschuhe und Schuhe für draußen haben, braucht auch er Rollstühle für verschiedene Anforderungen und Gegebenheiten. Käfer kommt mit einem grünen Rollstuhl zum Interview in die

Johann-Philipp-Palm-Schule, der hat einen engen Radstand, damit es leichter ist, sich im Innenraum fortzubewegen und den in älteren Schulen meist engen Aufzug nutzen zu können. Dennoch kann Käfer nicht alle Mängel in der Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden mit einem passenden Rollstuhl überwinden. Kai Käfer lacht, „da bräuchte ich mehrere“. Denn gerade die prestigeträchtigen Altbauten von Schulen oder Universitäten sind im Hinblick auf Barrierefreiheit ein Problem, und diese machen einen Großteil der Bildungseinrichtungen aus. Die meisten Schulen sind nicht barrierefrei. Das führt zu ungewollten Ausgrenzungen. Kai Käfer sagt: „Ich weiß nicht, wie ich in der Schule meiner Kinder am Elternabend teilnehmen soll.“ Die Aufzüge sind nicht groß genug, und die Rampen, wenn überhaupt vorhanden, zu steil. Eine Rampe gilt als barrierefrei, wenn sie eine maximale Steigung von 6 Prozent aufweist und mindestens 90 Zentimeter breit ist. Und das bedarf mehr als eines kleinen Umbaus,

meist muss der gesamte Eingangsbereich verändert werden. Eine verbindliche Norm und Beratung durch Insider kann Abhilfe schaffen, sonst scheitert der Inklusionsgedanke an baulichen Barrieren. Auch hier versucht Käfer sich einzubringen als unbezahlter Inklusionsbeauftragter. Kai Käfer hat viele Ideen, die Inklusion in seiner Stadt und in Deutschland voranzubringen. Erste kleine Erfolge konnte er mit seinem Instagram-Account und verschiedenen Blogs schon verbuchen. Er sagt selbst in Sachen Barrierefreiheit: „Andere Länder sind weiter als Deutschland“, und nutzt dies als Ansporn, etwas zu bewegen. Jeder müsse seinen Teil dazu leisten, um die Barrierefreiheit zu verbessern. Deswegen besucht er Schulklassen und motiviert dort zur Aufmerksamkeit anderer gegenüber. Sein Motto lautet: „Deutschland schafft Inklusion gemeinsam, nicht einsam.“

Timon Schwarz, Felix Wilhelm
Johann-Philipp-Palm-Schule, Schorndorf